O2

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 25.04.2026)

Titel: **BATZEN FÜR KOMMUNALE ATZ*INNEN!!!!**

Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten.

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen stellt fest: Wer bei der Jugend spart, zockt mit der Zukunft. In Zeiten knapper Kassen darf der Rotstift nicht zuerst bei den Schwächsten, Ärmsten und den Jüngsten angesetzt werden. Wir fordern die SPD Sachsen, die Jusos Sachsen, unsere Gremien und Fraktionen auf allen Ebenen auf, folgende Punkte umzusetzen:

1. Kommunale Ebene: Schutzschirm für Jugend und Soziales

Junge Menschen wissen am besten, was sie brauchen – ob es der Skatepark, der sanierte Jugendclub oder der bessere ÖPNV ist. Wir brauchen keine „Alibi-Jugendparlamente“, die am Ende nichts entscheiden dürfen. Wir brauchen echte Machtbefugnisse und ein unbürokratisches Budget für die „Lieblingsorte“ der Jugend.

- **Keine Kürzungen im Sozialen:** Bei allen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gilt eine strikte „Hände-weg“-Garantie für den Jugend- und Sozialsektor. Freiwillige Leistungen in der Jugendarbeit sind das Rückgrat der Demokratie auf kommunaler Ebene und dürfen nicht zur Vehandlungsmasse defizitärer Haushalte werden.

- **Echte Jugendbeteiligung statt Alibi-Politik:** Jugendbeteiligung ist kein

„Nice-to-have“, sondern eine Pflichtaufgabe. **Derzeit hat die Kommune jedoch noch immer Ermessensspielraum in der Frage, ob und wie junge Menschen beteiligt werden. In der Realität bedeutet das zumeist, dass wenn überhaupt intransparent, unvollständig und solange es in die eigene politische Vorstellung passt beteiligt wird. Es bedarf daher einer grundsätzlichen Reform des § 47a SächsGemO! Im Sinne einer inklusiven Beteiligung müssen dabei auch i**nnovative, dauerhafte, transparente, niedrigschwellig zugängliche Formate, die in die Lebensrealität junger Menschen passen, **verpflichtend eingesetzt werden und** die klassischen Beiräte ersetzen! **Zudem darf sich die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Beteiligung nicht nur auf Planungen und Vorhaben beziehen, die das Interesse von Kindern und Jugendlichen berühren, sondern gehört auf alle Angelegenheiten der Kommune ausgeweitet - denn beispielsweise auch Arbeits- und Wohnungsmarktentwicklungen in Folge kommunaler Entscheidungen sind als Faktoren der zukünftigen Entwicklung der eigenen Region für junge Menschen relevant.**

- **Planungssicherheit schaffen:** Kommunen müssen durch langfristige Förderkulissen von Bund, Land und EU Planungssicherheit für Träger der freien Jugendhilfe garantieren.

2. Landesebene: Rahmenbedingungen für ein gerechtes Sachsen

- **Jugendpauschale massiv erhöhen:** Das Land Sachsen wird aufgefordert, die Jugendpauschale pro Kopf deutlich anzuheben, um den gestiegenen Personal- und Betriebskosten sowie immer komplexer werdenden Fällen in den sozialen Einrichtungen vor Ort entgegenzuwirken.

- **Synergien durch Vernetzung:** Wir fordern die Förderung überlandkreislicher Projekte in der Jugend und Sozialarbeit, um Ressourcen effizient zu bündeln und den Austausch zwischen Stadt und Land zu stärken.

- **„Klub-Kohlen“ – Das Sanierungsprogramm für Jugendorte:** Das Land soll gemeinsam mit dem Bund ein unbürokratisches Förderprogramm auflegen, das es Jugendlichen ermöglicht, ihre Jugendclubs, Treffpunkte und 3. Orte selbstständig zu sanieren oder zu erhalten. Hierbei müssen Kleinstförderungen unkompliziert abrufbar sein, um den Verfall sozialer Infrastruktur in den Kommunen zu stoppen.

3. Bundesebene: Kommunen stärken, Investitionen ermöglichen

- **Kommunale Entlastung:** Der Bund muss die Kommunen und Länder finanziell so ausstatten, dass diese ihren sozialen Aufgaben nachkommen und wieder in Freiwillige Aufgaben investieren können. **Dabei müssen die Besonderheiten der ostdeutschen Flächenländer mehr Beachtung finden.**

- **Moderne Sportstätten:** Wir fordern eine echte Bundes-Sportstättenförderung, die nicht nur Neubauten im Blick hat, sondern explizit auch die energetische und funktionale Sanierung bestehender Sportstätten finanziert. Förderprogramme, die mehrfach überzeichnet sind, sind reine PR und kommen vor Ort nicht an.

4. Juso-Power: ab in die Parlamente!

- **Kein Fußbreit dem Kürzungswahn:** Juso-Mandatsträger*innen in kommunalen Parlamenten setzen sich entschieden gegen Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich ein und wirken in ihren Fraktionen darauf hin, entsprechende Einschnitte zu verhindern.

- **Empowerment für 2029:** Um junge, progressive Stimmen in die Parlamente zu bringen, fordern wir die Einrichtung eines landesweiten **„Kommunalen Stammtisches“**. Dieses Netzwerk soll junge Menschen befähigen, für kommunale Mandate zu kandidieren, Wissen zu teilen und gegenseitige Unterstützung im Wahlkampf organisieren. Außerdem soll dieses Netzwerk den künftigen Landesvorstand im Hinblick auf die Kommunalwahl 2029 beraten und entlasten.